

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wochenschriften Dresden
Reparations-Zentralnummer: 22841
Aus für Nachrichten: Nr. 20011
Schulstr. 1. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-K. 4, Marienstraße 28/29

Bezugspreis vom 1. bis 15. Januar 1929 bei täglich stornierbarer Lieferung bei Post 1.70 Mk.
Bezugspreis für Monat Januar 4.40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummern 10 Pfg.
Zusatzpreis 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Schwarm berechnet:
die einseitige 20 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellen-
angebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg., außer-
halb 250 Pfg. C/Heringsstraße 20 Pfg. Kautionsfreie Kautionsgegenstände gegen Vorauszahlung

Druck v. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr. zulässig. Unerwünschte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt)

Frankreichs schönstes Neujahrsgeschenk

Agitation gegen die Dawes-Revision

Freude in Paris

Paris, 2. Januar. „An der Schwelle des neuen Jahres“ nennt der „Temps“ seine Neujahrsbetrachtungen, die im wesentlichen dem von der französischen Presse mit so viel Beifall aufgenommenen Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert gewidmet sind. Die Schlussfolgerungen sind für den „Temps“ bezeichnend.

Eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen, so schreibt er, würde jeder Vernunft Sohn sprechen und dem elementarsten Rechtsempfinden ins Gesicht schlagen.

Da durch eine Schwächung der deutschen Schuld die Nationen, die während des Weltkrieges die größten Opfer gebracht hätten, neue Lasten übernehmen müßten, während das am Weltkonflikt „Schuldige“ Deutschland eine Vorzugsbehandlung erfahren würde. Wenn Deutschland, wie es durch den neuen Bericht Parker Gilbert klargestellt werde, seine Verpflichtungen, 2 1/2 Milliarden Goldmark jährlich zu bezahlen, mit Leichtfertigkeit erfüllen könne, so gebe es keinerlei vernünftigen Grund, um ihm den geforderten Nachlaß zu bewilligen. Die Schlussfolgerung Parker Gilberts sei derart überzeugend, daß jeder Unparteiliche anerkennen müsse, daß der Dawesplan im weitesten Maße der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angepaßt sei.

Eine Revision des Dawesplanes dürfe somit nicht erfolgen.

Deutschland würde in Zukunft keinerlei Entschuldigung anführen können, falls es vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachkäme. Die Gesamtsumme der Zahlungen dürfe jedoch festgelegt werden.

Das „Journal des Débats“ nennt den Parker-Gilbert-Bericht das schönste Neujahrsgeschenk, das die Alliierten und Frankreich gemacht haben. Das deutsche Volk aber, so fährt das „Journal des Débats“ ironisch fort, müsse sich am Ende des Jahres über die glückliche Bilanz des Gilbertschen Berichtes freuen, die ihm eine glückliche Entwicklung und damit die Möglichkeit der regelmäßigen Schuldenbegleichung verspreche.

Die Stellungnahme der Pariser Presse beweist deutlich genug, zu welchen Gunsten der Reparationsagent seinen wenig objektiven Bericht abgefaßt hat. Frankreich ist damit eine sehr starke Waffe zur Sabotage der Revision des Dawesplanes abgegeben worden, und Poincaré wird sie zu benutzen verstehen.

Das Echo aus Amerika

New York, 2. Jan. Die gesamte amerikanische Presse gibt den Bericht des Reparationsagenten in großer Aufmerksamkeit wieder. Sein hart unterstrichener Optimismus am Vorabend der Reparationsabgesprächen wird von dem Teil der Presse, die Deutschland nicht wohlwollend ist, für Deutschland ungünstig angesehen. Die „New York Times“ erklärt beispielsweise, Gilberts Bericht gäbe Deutschland keinerlei Basis, um eine starke Verminderung der Jahreszahlungen zu begründen. Deutschland habe nach Gilberts Bericht die Dawesannuitäten ohne Schwierigkeiten bezahlt. Die Deutlichkeit amerikanische Volk sei nicht zu hoch verfallen mit den Forderungen, die andere Nationen bei der Liquidierung ihrer Kriegskosten zu tragen hätten. Auch die übliche amerikanische Presse betont, daß Deutschlands Wirtschaftslage außerordentlich gesund sein müsse, wenn Gilbert einen so positiven Bericht darüber gebe.

Auch die Abendpresse spricht wieder in hochtönender Weise von Deutschlands Gedeihen, wobei sogar erklärt wird, Deutschlands Wohlstand lasse dem Amerika.

Nach einer Meldung der „International News“ verlautet in Washington, daß Gilberts Bericht andauernd an Bord des Kriegsschiffes „Utah“ aufgeführt worden sei, um Hoover in die Lage zu versetzen, den Bericht in Ruhe zu überprüfen. Es sei zu erwarten, daß

die Hoover-Annahme, die Hoover aus dem Bericht Gilberts ziehe, als Grundlage für die Einstellung der amerikanischen Regierung gegenüber der Reparationsfrage angenommen würde.

Washingtoner maßgebende amtliche Persönlichkeiten verweigern jede Stellungnahme zum Bericht, da sie nicht in die Rücksicht über die Reparationsfrage hineingezogen werden wollen. Beamte des State- und Handelsamtes erklären aber, daß der Bericht zu bekräftigen sei, da er Deutschlands Erholung nach dem Kriege zeige. Gilberts Bericht erzeuge die Aufgabe der Sachverständigen, die Reparationsendsumme zu finden. Auch Wallstreetkreise sind erfreut über den optimistischen

Ton Gilberts. Sie werfen immer wieder die Frage auf, ob eine

Auslegung deutscher Eisenbahnbonds möglich ist, wobei hervorzuheben wird, daß Washingtoner Kreise bisher immer betonten, eine Auslegung zu diesem Zeitpunkt sei unratbar.

Stimmen der Vernunft aus England

London, 2. Januar. Der zusammenfassende Bericht Parker Gilberts hat in allen Kreisen Englands größte Beachtung gefunden.

Die darin gezogenen Schlussfolgerungen werden nicht überall geteilt, und es fehlt nicht an Stimmen, die die Veröffentlichung des Berichtes im gegenwärtigen Augenblick für inopportun halten, weil er zu einer Erschwerung der Aufgaben des Reparationsausschusses führen müßte.

Es ist ziemlich sicher, daß es in England eine Reihe von Wirtschaftlern und Finanzleuten gibt, die den Optimismus des Reparationsagenten nicht teilen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands ziemlich richtig einschätzen. Da aber Englands Stimme für die Endregelung der Reparationen nicht von diesen Kreisen, sondern von der zahlreicheren und dem Einfluß nach weitläufigeren Gruppe geführt wird, die der Theorie halbt, daß die deutsche Leistungsfähigkeit kaum hoch genug angefaßt werden kann, so ist

der schädliche Einfluß des Berichtes auch in England nicht von der Hand zu weisen.

Englands Haltung bei der Reparations-Endregelung ist bis zu einem gewissen Grade von vornherein gegeben: es strebt auf eine Lösung hin, die ihm bei der Beibehaltung des bisherigen Verteilungssystems aus den Reparationen jährlich Einnahmen verschafft, die zusammen mit den Einkünften aus den verschiedenen Schuldabkommen ausreichen, um Amerika zu befriedigen. Es ist beachtenswert, daß eine einmalige Kapitalsumme in der Höhe, in der sie zusammen mit den Einnahmen aus den Schuldabkommen für die Erfüllung des Schuldendienstes an Amerika ausreichen würde, in London nicht als unannehmbar gilt. Die englische Forderung birgt daher nicht in ihrer Höhe, sondern in ihrer Laufzeit von 20 Jahren die Hauptgefahr in sich. Im übrigen war man in London diplomatischen Kreisen schon seit langem darüber unterrichtet, in welchem Ausmaße der Reparationsagent den Argumenten Poincarés nachkommen zu müssen anlaßte und nimmt befürchtet an, daß noch einige andere Gründe den Reparationsagenten zu einer Haltung veranlassen, die Deutschland schwerlich Vorteile bringen kann.

Die französischen und japanischen Vertreter für den Sachverständigenausschuß

Paris, 2. Januar. Die französischen Vertreter für den Sachverständigenausschuß sind nach einer Meldung des „Temps“ nunmehr von der französischen Regierung offiziell bezeichnet worden. Wie bereits angekündigt, sind es Mareau, der Gouverneur der Bank von Frankreich, und Parmentier, der ehemalige Direktor für Fondsbewegung im Finanzministerium.

Die japanischen Sachverständigen sind Mori, japanischer Finanzattaché in London, und Koki, Bisegouverneur der Bank von Japan.

Der amerikanische Botschafter in Paris schwer erkrankt

London, 2. Januar. Im Befinden des amerikanischen Botschafters in Paris, Derrid, der auf seiner Jagdbefahrung in Ohio krank daniederlag, ist eine plötzliche Wendung eingetreten. Derrid leidet seit zehn Tagen an einer Bronchitis, die zunächst normal verlief, bis am Dienstag ein schwerer Rückschlag eintrat. Da Derrid bereits 74 Jahre alt ist, erscheint sein Zustand gegenwärtig lebensgefährlich. Derrid vertrat die Vereinigten Staaten als Botschafter in Paris von 1912 bis zum Dezember 1914 und für eine zweite Periode von 1921 an.

Rückkehr zur reinen Goldwährung?

Berlin, 2. Januar. In Berliner Bankierkreisen haben besonders die Vorschläge des Reparationsagenten, daß Deutschland zur reinen Goldwährung zurückkehren möge, Beachtung gefunden. Dieser besteht zwar eine Verpflichtung der Reichsbank, Gold anzunehmen, nicht aber Gold oder Goldnoten auszugeben. Der § 31 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 enthält wohl derartige Bestimmungen. Diese sind aber durch § 52 praktisch außer Kraft gesetzt. Um einen Beschluß nun in dem Sinne, wie ihn Parker Gilbert vorschlägt, herbeizuführen, müßte ein Antrag von deutscher oder von ausländischer der Reichsbankverwaltung angehörender Seite gestellt werden. Es scheint, daß die deutschen Stellen ernsthaft den Gedanken einer Rückkehr zur reinen Goldwährung bisher nicht erwogen haben. In Bankkreisen ist man der Meinung, daß die deutsche Wirtschaft sich ein derartiges Experiment vorläufig nicht leisten kann, da die Verhältnisse auf dem internationalen Geldmarkt noch viel zu labil

Wachsender Reichtum oder wachsende Armut?

Von Syndikus Karl Tügel, Hofmannsdorf

Wenn man die Rückblicke liest, die für das Jahr 1928 geschrieben worden sind, so stimmen sie fast ausnahmslos darin überein, daß das Jahr 1928 der deutschen Wirtschaft wiederum nicht zu neuer Kapitalbildung verholfen hat. Die Kapitalnot zwingt den deutschen Produktionsapparat, mit einer Unkostenquote zu arbeiten, die wesentlich höher ist, als die Unkosten, die die ausländische Konkurrenz über Kapital- und Zinskonto verbucht. Dieser Zustand ist außerordentlich bedenklich und muß — wie das Beispiel der Landwirtschaft zeigt — zu Betriebszusammenbrüchen führen. Wir dürfen uns aber niemals im unklaren sein, daß diese Entwicklung ein von dem Sozialismus gewollter Akt ist, soweit es sich um die Privatwirtschaft handelt. Hier zeigt sich, leider für die große Masse verborgen, ganz klar, wie schwer nachteilig die sozialistische Entwicklung für unser gesamtes Volk ist. Die Kapitalentziehung aus der Privatwirtschaft kann kaum noch gesteigert werden. Auf der anderen Seite erkennen wir gewaltige Zusammenballungen von Reichtümern in den Konsumgenossenschaften, in den Gewerkschaften, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenverbände; — Summen, deren wesentlicher Teil als Pensionsfonds gedacht ist. Auch die Rassen der sozialen Versicherungen sind gut gefüllt. Ferner gehört hierher der sehr starke Kapitalverbrauch der öffentlichen Hand, der ebenfalls der wertschöpfenden Wirtschaft starke flüssige Geldmittel entzieht.

Wie gesagt, der Sozialismus will diese Entwicklung. Nach seiner Theorie ist es gleichgültig, ob sich die Kapitalneubildung in den Händen der Wirtschaft oder in den Händen der Millionen von Verbrauchern oder in den öffentlichen Gemeinwirtschaftskörpern vollzieht. Es handelt sich nun, wenn man klar sehen will, um die beiden Fragen:

- 1. Ist es gleichgültig, wo sich die Kapitalneubildung vollzieht?
- 2. Hat sich in Deutschland tatsächlich neues Kapital gebildet?

Sunächst erhebt es so, als sollte man die Frage 2 mit „Ja“ beantworten. In vielen Jahressbetrachtungen finden wir denn auch die Behauptung, daß sich in Deutschland Sparkapital gebildet habe. Man weist auf die steigenden Einlagebestände der Sparkassen hin und betont, daß 1928 wesentliche Mittel durch Zeichnung von Pfandbriefen und realgeicherten kommunalen Kreditbriefen angelegt worden sind. Das ist richtig, beweist aber noch nicht, ob wir in Deutschland, im ganzen gesehen, reicher geworden sind, das heißt ob unsere Vermögensbilanz aktiver geworden ist als beim Abschluß des Jahres 1927. Wir werden sehen, daß es umgekehrt ist, nämlich, daß sich unsere Armut weiter gehelgert hat. Dies zu betonen, ist wegen der vielen falschen Schlüsse nötig, die immer wieder aus den steigenden Einlagensummen der Sparkassen gezogen werden, die besonders auch die früheren Feinde benutzen, um einen wachsenden deutschen Wohlstand zu konstruieren.

Wir lesen, daß „trotz der unzureichenden Rentabilität in Landwirtschaft und Industrie Ueberschüsse erzeugt werden konnten. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1928 haben sich die Spareinlagen um 1,888 Milliarden vermehrt. Diese Zunahme der Sparguthaben übertrifft sogar die in den ersten zehn Monaten des Jahres 1927 beträchtlich. Der Abzug von Pfandbriefen und Kommunalobligationen öffentlicher rechtlicher und privater Kreditinstitute war in den ersten zehn Monaten des Jahres 1928 mit 1,75 Milliarden zwar etwas niedriger als 1927, aber immer noch recht hoch“. Rechnet man diese Summen zusammen, so kommt man für die ersten zehn Monate auf etwas über 3,5 Milliarden, und setzt man eine gleichzeitige Entwicklung bis zum Ende des Jahres voraus — was zu optimistisch ist — so ergibt sich eine Kapitalbildung von rund 4,2 Milliarden Mark. Also sind wir doch reicher geworden! Was hat die Wirtschaft zu klagen?

Sunächst steht diesen anwachsenden Kapitalen ein fast völliges Sichzurückziehen des kapitalanlegenden Publikums von Aktienwerten gegenüber. Die deutschen Ueberschüsse sind nicht der Wirtschaft zugeflossen. Das ist aber deshalb von schwerem Nachteil für die Gesamtheit, weil die deutsche Wirtschaft ja immer erst die Werte erzeugen muß, die man in Geld — Kapital — umwandeln kann. Und die Annahme der Gewerkschaften, daß es gleichgültig sei, wo das Kapital gebildet wird, ist eben falsch. Denn wir sehen, daß diese deutsche Kapitalbildung der wertschöpfenden und die große Masse der deutschen Arbeiter beschäftigenden Wirtschaft nicht zugeflossen ist. Diese Gelder haben sich zum Teil gesammelt in wirtschaftsfeindlichen Unternehmungen, wie Konsumgenossenschaften usw. Durch die öffentlichen Rassen sind große Teile dieses Sparkapitals zwecklos angelegt worden, die an sich zwar durchaus gut und notwendig sind, die aber der nötigen Rente entbehren. Hier ist an den noch ungenutzten Wohnbau zu denken. Jede in der Privatwirtschaft angelegte Mark gebiert aus der wertschöpfenden Arbeit heraus normal hohen